

► Allgemeines

Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen: Soziales und Umwelt. Die Bundesrepublik Deutschland engagiert sich intensiv für eine soziale Gestaltung der Globalisierung und einen nachhaltigen Umgang mit der Klimaproblematik. Dies unterstrich die Regierung in ihrem Bericht über die Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen (UNO) in den vergangenen drei Jahren. Die Millenniumserklärung der UNO rückte soziale Fragen in den Mittelpunkt. Deren Ziele umfassen unter anderen die Halbierung weltweiter Armut und universellen Zugang zu Grundschulen bis zum Jahr 2015. Ihre Umsetzung war Hauptthema bei der Generalversammlung 2005. Deutschland hat Ende vergangenen Jahres eine internationale Konferenz zur fairen Gestaltung der Globalisierung ausgerichtet und beabsichtigt, soziale Fragen während ihrer EU- und G8-Präsidentschaft zu vertiefen. Neben der Umsetzung des Kyoto-Protokolls beschäftigt sich Deutschland in der Klimarahmenkonferenz mit dem internationalen Klimaschutz nach 2012. Mit einem Jahresbeitrag von 573,27 Mio. US-Dollar (etwa 437,61 Mio. Euro) war Deutschland im Jahr 2005 drittgrößter Beitragszahler nach den USA und Japan. Mit 147 Mitarbeitenden in der Verwaltung liegt Deutschland an zweiter Stelle. *Quelle: Das Parlament 3.2007*

Kirche und Engagement: Demokratie braucht Tugenden. In Deutschland haben die Katholische und die Evangelische Kirche ein Grundsatzpapier zur Zukunft des demokratischen Gemeinwesens veröffentlicht. Das Gemeinwesen stehe vor Aufgaben, die mit Routinepolitik nicht zu bewältigen seien, wird in dem „Gemeinsamen Wort“ beider Kirchen mit dem Titel „Demokratie braucht Tugenden“ erklärt. In dem Papier wird auf die Verantwortung von Politik, politischen Institutionen, Kirchen, Medien und der Bevölkerung bei der Gestaltung des Gemeinwesens eingegangen. Auf die aktive Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der politischen Willensbildung sei die Demokratie ebenso angewiesen wie auf verlässliche Strukturen und Verfahren der politischen Entscheidungsfindung. Mit dem Grundsatzpapier wollen der „Rat der Evangelischen Kirchen in Deutschland“ und die „Deutsche Bischofskonferenz“ die aus ihrer Sicht heute notwendigen politischen Tugenden beschreiben und zu deren stärkerer Ausprägung ermutigen. *Quelle: Newsletter 25/2006 des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement*

Potenziale Älterer besser nutzen. Mit der Initiative „Erfahrung ist Zukunft“ fördert die Bundesregierung erstmals gemeinsam mit einem breiten Bündnis aus Wirtschaft und Gesellschaft die Potenziale älterer Menschen. Bundeskanzlerin Merkel hat dazu gemeinsam mit den beteiligten Bundesministerien und Vertreterinnen und Vertretern aus Wirtschaft und Gesellschaft eine Erklärung verabschiedet. Auf einen Einstellungswandel zu Alter und Altern in der Gesellschaft hinzuwirken, ist besonderes Anliegen der

Initiative „Erfahrung ist Zukunft“. Alle gesellschaftlichen Gruppen müssen ein neues Altersbild befördern und das Alter noch stärker als aktive Lebensphase begreifen. Handlungsfelder der Initiative sind die Beschäftigung und Existenzgründungen älterer Menschen, lebenslanges Lernen, Gesundheitsförderung und freiwilliges Engagement. Mehr zu der Initiative und deren Aktivitäten ist zu erfahren unter www.erfahrung-ist-zukunft.de *Quelle: Rotes Kreuz 1.2007*

Lebenshilfe holt Weltkongress nach Berlin. Der Weltkongress der Vereinigungen für Menschen mit geistiger Behinderung wurde erstmals nach Deutschland vergeben und wird im Jahr 2010 in Berlin stattfinden. Gemeinsam mit dem europäischen Dachverband „Inclusion Europe“ wird die Bundesvereinigung Lebenshilfe den 15. Weltkongress des Weltverbandes „Inclusion International“ ausrichten. Mehr als 1 000 betroffene Eltern und Menschen mit geistiger Behinderung aus allen Kontinenten sowie Fachleute treffen sich alle vier Jahre, um eine Woche lang über die neusten Entwicklungen in der Behindertenarbeit zu diskutieren. Zuletzt war der Verband „Inclusion International“, der weltweit rund 200 Mitgliedsorganisationen vereint, im November 2006 in Mexiko zu Gast. Nachdem dort das Thema „Armut und Behinderung“ im Mittelpunkt stand, wird es in Deutschland unter anderem um Teilhabechancen behinderter Menschen in einer modernen Gesellschaft gehen. *Quelle: Pressemitteilung der Bundesvereinigung Lebenshilfe Dezember 2006*

► Soziales

Änderung der Regelsatzverordnung bei der Sozialhilfe. Der Bundesrat hatte im November 2006 der Änderung der Regelsatzverordnung zugestimmt. Die Festsetzung der Regelsätze aufgrund der Neubemessung erfolgte zum 1. Januar 2007. Aus sozialpolitischen Gründen wird auf die bisherige Differenzierung zwischen alten und neuen Bundesländern verzichtet. Für ganz Deutschland ergibt sich ein einheitlicher Regelsatz von 345 Euro. Eine weitere Änderung betrifft die Höhe der Regelsätze bei zusammenlebenden Ehegatten und Lebenspartnern. Künftig soll jeder – wie auch schon nach Sozialgesetzbuch II – 90 % des Eckregelsatzes erhalten. *Quelle: Jugendhilfe Report des Landschaftsverbandes Rheinland 4.2006*

Haftentlassung besser vorbereiten. Die Zusammenarbeit von Justizvollzug und den Beratungsstellen für Straffällige und deren Angehörige in Nordrhein-Westfalen zu intensivieren, ein passgenaues Hilfeangebot für die Haftentlassung bereitzustellen und Doppelbetreuungen zu vermeiden, waren die erklärten Ziele einer Fachtagung in Wuppertal. Zurzeit stehen in Nordrhein-Westfalen in insgesamt acht Städten zentrale Beratungsstellen für Strafgefangene zur Verfügung. Zu deren Aufgaben zählt insbesondere die Erarbeitung von Perspektiven für ein Leben in Freiheit durch Unterstützung bei der Wohnungs- und Arbeitsplatzsuche, durch Beratung über Leistungen zur Existenzsicherung sowie Begleitung bei Behördengängen. *Quelle: Lotse Info 48.2006 des Bildungswerkes des Fachverbandes für Soziale Arbeit, Strafrecht und Kriminalpolitik*

Lebenszufriedenheit in den neuen Bundesländern. Die allgemeine Lebenszufriedenheit der Menschen in den östlichen Bundesländern hat im Jahr 2006 einen neuen

Tiefpunkt erreicht. Zugleich haben die Befürchtungen mit Blick auf die Zukunft wieder zu- und die Hoffnungen entsprechend abgenommen. Das gehört zu den Hauptausagen und aktuellen Ergebnissen des im Januar in Berlin vorgestellten Sozialreports 2006. Dieser wurde im Auftrag des Sozial- und Wohlfahrtsverbandes Volkssolidarität vom Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V. erarbeitet und untersucht die Auffassungen und Befindlichkeiten der Bürger und Bürgerinnen in den neuen Bundesländer zu ihrer sozialen Lage und deren Entwicklung. Mit dem Sozialreport 2006 wurden zum 17. Mal die Ergebnisse der seit 1990 jährlich durchgeführten Untersuchung vorgelegt. Befragt wurden im Zeitraum Juni 2006 insgesamt 885 Frauen und Männer, die das 18. Lebensjahr erreicht hatten und in den neuen Bundesländern einschließlich Ostberlin lebten. *Quelle: Presseinformation 5.2007 der Volkssolidarität*

Eigene Wohnung für Schwangere unter 25 Jahren.

Der Gesetzgeber hat im Jahr 2006 die Hartz IV-Vorschriften für junge Menschen unter 25 Jahren verschärft. Nach einem Umzug in eine eigene Wohnung erhalten sie nur dann Beihilfen für Unterkunft und Heizung, wenn der Leistungsträger dem Wohnungswechsel vorher zugestimmt hat. Voraussetzung für eine Zusicherung ist ein „schwerwiegender sozialer Grund“. Die Empfehlungen des Deutschen Vereins (DV) definieren, wann ein solcher Grund vorliegt. „Eine Zusicherung zur Kostenübernahme sollte insbesondere erteilt werden, wenn das Zusammenleben von Eltern mit Sohn oder Tochter aus physischen oder psy-

chischen Gründen nicht mehr zumutbar ist,“ so Wilhelm Schmidt, Vorsitzender des Deutschen Vereins. Weitere Gründe seien beengte Räumlichkeiten oder eine Schwangerschaft. „Jungen Frauen unter 25 Jahren soll die Möglichkeit gegeben werden, im Falle einer Schwangerschaft eine eigene Familie zu gründen.“ *Quelle: Pressemitteilung des DV vom 11. Dezember 2006*

► Gesundheit

Aufnahme in ein Hospiz. Wer in Deutschland in ein Hospiz aufgenommen werden kann, regelt das Gesetz zu Förderung und Betrieb von Hospizen nach dem Sozialgesetzbuch V, § 39a. Zu den Aufnahmegründen zählen bestimmte Krankheitsbilder, wie fortgeschrittene Tumorerkrankungen, Aids im Vollbild, Erkrankungen des Nervensystems mit fortschreitenden Lähmungen oder die Endstadien von chronischen Nieren-, Herz- oder Lungenerkrankungen. Die jeweilige Erkrankung muss dabei bereits so weit fortgeschritten sein, dass eine Heilung ausgeschlossen ist und alle noch anzuwendenden Pflegemaßnahmen und Therapien ausschließlich einem lindernden, also palliativ-medizinischen Ansatz unterliegen. Grundsätzlich sieht der Versorgungsvertrag der Hospize für Finalpflege keine Ausschlusskriterien vor, dennoch können die meisten Hospize weder schwer psychotische noch dialysepflichtige Kranke aufnehmen oder eine künstliche Beatmung sicherstellen. *Quelle: Helfen und Retten 5.2006*

Pflegebedürftigkeitsbegriff. Im November 2006 hat sich in Berlin der neue Beirat zur Überprüfung des Pflege-

Anzeige Bank

bedürftigkeitsbegriffs konstituiert. Der Beirat wird für das Bundesministerium für Gesundheit Entscheidungsgrundlagen erarbeiten, damit der Begriff der Pflegebedürftigkeit neu definiert und das Begutachtungsverfahren geändert werden kann. Die Mitglieder des Beirats sind so ausgewählt, dass alle Interessenslagen und Kompetenzen des Handlungsfeldes „Pflege“ berücksichtigt werden. Zum Beiratsvorsitzenden wurde Wilhelm Schmidt, Vorsitzender des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V., ernannt. *Quelle: DEVAP aktuell 4.2006 des Deutschen Evangelischen Verbandes für Altenarbeit und Pflege e.V.*

Rituelle Waschungen in der Pflege. Pflegekassen müssen nach einem Urteil des Sozialgerichts Dortmund (Az.: S 39 P 84/04) den bei Ritualen Waschungen anfallenden Hilfebedarf bei der Bemessung der Grundpflege nicht berücksichtigen. Eine muslimische Versicherte hatte die AOK Westfalen-Lippe auf Gewährung von Pflegegeld nach der Pflegestufe I verklagt. Die 61-jährige Diabetikerin benötigte unter anderem Hilfe bei fünf rituellen Waschungen täglich. Die Richter lehnten die Klage ab, da der tägliche Grundpflegebedarf der Versicherten nur 29 Minuten umfasste. Unterstützung bei Waschungen rechnete das Sozialgericht nicht mit. *Quelle: IkoM-Newsletter 6.2006 der Informations- und Kontaktstelle Migration*

Leitfaden zur mÄnnerspezifischen Sucht- und Drogenarbeit. Handlungsempfehlungen für die Praxis. Hrsg. Landschaftsverband Westfalen-Lippe. Selbstverlag. Münster 2006, 70 S., kostenlos *DZI-D-7760*

Viele Männer sind zunehmend mit der Forderung konfrontiert, sich in ihrem Beziehungsverhalten zu ändern, eine andere Rolle einzunehmen, sich stärker zu hinterfragen – dieses verunsichert. Die Ursachen für viele Probleme liegen aber nicht nur in individuellen Verhaltensmustern, sondern sind Ausdruck der veränderten gesellschaftlichen Ansprüche an die Männer. Das findet zunehmend auch in der Arbeit mit suchtkranken Männern seinen Niederschlag. Aber was ist überhaupt mÄnnerspezifisch? Wie kann sich diese Frage in der konkreten therapeutischen Arbeit darstellen? Welche Konsequenzen müssen möglicherweise gezogen werden, eventuell auch aus der jugendspezifischen Präventionsarbeit? Dieser Leitfaden will eine Orientierung für die praktische Arbeit mit Männern in der Sucht- und Drogenhilfe geben. Er entstand in Zusammenarbeit mit Dr. Heino Stöver von der Universität Bremen. Bestellschrift: Landschaftsverband Westfalen-Lippe, Dezernat 50, Koordinationsstelle Sucht, Warendorfer Straße 25-27, 48133 Münster, Tel.: 02 51/591-32 67, Fax: 02 51/ 591-54 84 E-Mail: kswl@lwl.org

► Jugend und Familie

Ausgaben für Kinder- und Jugendhilfe im Jahr 2005. Der Bund, die Bundesländer und Gemeinden haben im Jahr 2005 insgesamt 20,8 Mrd. Euro für Kinder- und Jugendhilfe ausgegeben, 0,4 % mehr als im Jahr zuvor. Nach Abzug der Einnahmen, unter anderem aus Gebühren und Teilnahmebeiträgen, wurden netto 18,7 Mrd. Euro für die Kinder- und Jugendhilfe aufgewendet, 1 % mehr als im Jahr 2004. Über die Hälfte der Gesamtausgaben (10,9 Mrd. Euro, 53 %) wurde für Einrichtungen der Kindertagesbetreuung (Kinderkrippen, Kindergärten, Horte und altersgemischte Einrichtungen) ausgegeben. Nach Abzug der Einnahmen

in diesem Bereich verbleiben für die Öffentliche Hand 9,6 Mrd. Euro an Ausgaben. Um 6 % sind die Ausgaben zur Förderung von Kindern in Kindertagespflege gestiegen. Hierzu gehören die Vermittlung des Kindes an eine Tagespflegeperson, deren fachliche Beratung, Begleitung und weitere Qualifizierung. Dies dürfte auf das Inkrafttreten des Tagesbetreuungsausbaugesetzes im Januar 2005 zurückzuführen sein, in dem der quantitative und qualitative Ausbau des Angebots an Kindertagesbetreuung geregelt wird. Leistungen der Hilfe zur Erziehung kosteten die öffentlichen Träger im Jahr 2005 insgesamt 4,8 Mrd. Euro (0,6 % mehr als 2004). *Quelle: Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes 18.2007*

Förderung der Erziehungsberatungsstellen in Bayern.

Das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen hat zum Juli 2006 die Richtlinien zur Förderung der Erziehungsberatungsstellen veröffentlicht. Das Ministerium gewährt nach Maßgabe dieser Richtlinien und der allgemeinen haushaltsrechtlichen Bestimmungen Zuwendungen an die Beratungsstellen für Eltern, Kinder, Jugendliche und Familien auf der Grundlage des Bayerischen Kinder- und Jugendprogramms, Fortschreibung 1998. Die Aufgabenstellung und Förderung der Ehe-, Familien- und Lebensberatung ist mit dieser Richtlinie nicht erfasst. Die Förderrichtlinien sind auf der Homepage des Zentrums Bayern Familie und Soziales, Bayerisches Landesjugendamt unter www.blja.bayern.de veröffentlicht. *Quelle: Mitteilungsblatt 6.2006 des Zentrum Bayern Familie und Soziales*

„Auf dem Weg zur gelingenden Schule“. Eine bildungspolitische Streitschrift aus Sicht der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Hrsg. Arbeitsgemeinschaft Haus der Offenen Tür NRW/AGOT-NRW. Selbstverlag. Düsseldorf 2006, 34 S., EUR 2,– zzgl. Versandkosten *DZI-D-7820*

In der Offenen Kinder- und Jugendarbeit bleibt es eine ständige Herausforderung, sich in Systeme einzumischen, die über den Lebensverlauf ihrer Besucherinnen und Besucher mitentscheiden. Für das Bildungssystem Schule hat die Offene Kinder- und Jugendarbeit Vorstellungen entwickelt, wie gelingende Lernwege aussehen können und müssen. Um die vielschichtigen, bildungsrelevanten Erfahrungen dieser Jugendarbeit zu bündeln und um daraus ihre bildungspolitischen Positionen weiterzuentwickeln, hat die AGOT-NRW vor einem Jahr die Kommission „Schule und Jugendarbeit“ initiiert. Unter Mitarbeit hauptamtlicher Fachkräfte, schulnaher und -ferner Bildungsexperten und -expertinnen ist diese Streitschrift erarbeitet worden. Die Autorinnen und Autoren wollen damit an der Weiterentwicklung des heutigen Bildungssystems im Interesse der Förderung der Jugend mitwirken. Bestellschrift: AGOT-NRW, Geschäftsstelle, Graf-Recke-Straße 209, 40237 Düsseldorf, Tel.: 02 11/36 10-264, Fax: 02 11/36 10-260 E-Mail: info@agot-nrw.de

► Ausbildung und Beruf

Institut für Community Organizing. An der Katholischen Hochschule für Sozialwesen Berlin in Karlshorst ist ein neues Institut gegründet worden. Wie Rektor *Andreas Lob-Hüdepohl* mitteilte, befasst sich das Institut für Community Organizing damit, Menschen für die Demokratie zu gewinnen und dafür gemeinsam mit anderen in Bürgerplattformen

men zu arbeiten. Sie sollen befähigt werden, andere Menschen zu gesellschaftlichen Veränderungen anzuregen und entsprechend weiterzubilden. Bürgerplattformen arbeiten unter anderem in Oberschöneweide und Karlshorst, die Katholische Hochschule bietet seit 1997 entsprechende Kurse an. *Quelle: Berliner Zeitung vom 7. Dezember 2006*

Selbstständig als Heilpädagogin/Heilpädagoge. Leitfaden und Materialien zur Eröffnung einer heilpädagogischen Praxis. Fünfte Auflage. Hrsg. Berufsverband der Heilpädagogen (BHP) e.V. Selbstverlag. Berlin 2006, 62 S., EUR 8,50 *DZI-D-7818*

Dieser aktualisierte Leitfaden soll helfen, Antworten auf viele Fragen zu finden, die sich aus einer Idee zur Selbstständigkeit, von der Eröffnung einer Heilpädagogischen Praxis bis hin zu einem Unternehmen auf stabilem Fundament ergeben. Neben der Auseinandersetzung mit persönlichen Einstellungen, berufsethischen Fragen, Kompetenzen und notwendigen Qualifikationen sind ökonomische Aspekte sorgfältig zu bedenken und gründlich zu planen. An der Erstellung dieser Broschüre waren maßgeblich Praxisinhaberinnen und -inhaber beteiligt, die ihre Erfahrungen mit dem eigenen Gründungsprozess weitergeben können. Bestellanschrift: BHP, Bundesgeschäftsstelle, Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Tel.: 030/40 60 50-60, Fax: 030/ 40 60 50-69, E-Mail: info@heilpaedagogik.de

Zentrum für Pflegelehrerinnenbildung. An der Katholischen Fachhochschule Nordrhein-Westfalen (KFH NW) ist das bundesweit erste Zentrum für Pflegelehrerinnenbildung und Schulentwicklung im Gesundheitswesen eröffnet worden. Damit besteht ein systematisches Begleit-, Beratungs- und Unterstützungsangebot zur Weiterbildung von Pflegelehrerinnen. Drei Viertel der Lehrkräfte für Pflegeende hätten kein Studium absolviert, teilte die Hochschule mit. Sie bräuchten daher parallel zum Beruf regelmäßig Weiterbildungen. Der Beruf der Pflegelehrerin lässt sich laut KFH heute nur noch an Hochschulen erlernen. Für Absolvierende dieser Studiengänge bietet das neue Zentrum eine Art Referendariat für die Phase vor dem Berufseinstieg an. Dabei sollen pädagogische Kompetenzen vermittelt sowie Lehrpläne erstellt und bewertet werden. *Quelle: caritas in NRW aktuell 6.2006*

Stipendium für NPO-Stufenprogramm in Österreich. Seit über zehn Jahren veranstaltet das Österreichische Controller-Institut in Wien eine 20-tägige diplomierte Controlling- und Managementausbildung, die speziell für Non-Profit-Organisationen (NPO) und die öffentliche Verwaltung entwickelt wurde. In den letzten Jahren gewann das Thema Controlling immer mehr an Bedeutung, aber die entsprechenden Organisationen können die finanziellen Mittel oft nicht aufbringen, um eine solche Ausbildung zu finanzieren. Durch den Kooperationspartner Corporate Planning kann nunmehr ein Stipendium für das NPO-Stufenprogramm vergeben werden. Informationen für die Stipendienvergabe und weitere Details können eingeholt werden bei Julia Mauritz, Österreichisches Controller-Institut, Billrothstraße 4, 1190 Wien, Tel.: 00 43/1/368 68 78-221, Fax: 00 43/1/368 68 38, E-Mail: julia.mauritz@oeci.at

8.-9.3.2007 Hannover. Tagung: Integrierte Versorgung – Der Patient im Fokus. Information und Anmeldung: Akademie für Sozialmedizin Hannover e.V., Fensckeweg 2, 30165 Hannover, Fax: 05 11/350 55 95
E-Mail: info@akademie-sozialmedizin.de

22.-23.3.2007 Eichstätt. Fachtagung: Sozialinformatik. Perspektiven für Praxis, IT-Entwicklung, Forschung und Lehre. Information: Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt, Fakultät für Soziale Arbeit, Ostenstraße 26, 85072 Eichstätt, Tel.: 084 21/93-16 73
E-Mail: anita.breitner@ku-eichstaett.de

28.-29.3.2007 Heppenheim. Fachtagung: Politische Bildung und ökonomische Bildung. Denksätze & Leitbilder. Information: Haus am Maiberg, Akademie für politische und soziale Bildung der Diözese Mainz, Ernst-Ludwig-Straße 19, 64646 Heppenheim, Tel.: 062 52/93 06-19, Fax: 062 52/93 06-17, E-Mail: info@haus-am-maiberg.de

29.-30.3.2007 Bayreuth. 4. Sozialrechtstagung. Information: Deutsche Rentenversicherung Ober- und Mittelfranken, Wittelsbacherring 11, 95444 Bayreuth, Tel.: 09 21/607-221, Fax: 09 21/607-398
E-Mail: verwaltung@drv-bayreuth.de

16.-20.4.2007 Berlin. EHealthweek Berlin 2007: From Strategies to Applications. Information: Gesellschaft für Versicherungswissenschaft und -gestaltung e.V., Hansaring 43, 50670 Köln, Tel.: 02 21/91 28 67-23, Fax: 02 21/91 28 67-6, E-Mail: ehealth@gvg-koeln.de

19.-20.4.2007 Halle/Saale. Fachtagung: Empowerment und Inklusion – Schlagworte oder realistische Perspektiven? Lösungswege für die Praxis der Behindertenhilfe. Information: Martin-Luther-Universität Halle/Wittenberg, Institut für Rehabilitationspädagogik, Michael Schubert, Magdeburger Straße 8, 06097 Halle/Saale, Tel.: 03 45/557 54 10, Fax: 03 45/557 44 71

23.-25.4.2007 Weingarten. Seminar für Führungskräfte: Soziale Kompetenz. Verhalten steuert den Erfolg. Information: Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart, Tagungshaus Weingarten, Kirchplatz 7, 88250 Weingarten, Tel.: 07 51/56 86-0, Fax: 07 51/56 86-222
E-Mail: weingarten@akademie-rs.de

25.-27.4.2007 Mainz. Seminar: Teams lösungsorientiert beraten und begleiten. Teamentwicklung nach dem Retaining-Konzept. Information: Katholische Fachhochschule Mainz, Institut für Fort- und Weiterbildung, Saarstraße 3, 55122 Mainz, Tel.: 061 31/289 44-43
E-Mail: ifw@kfh-mainz.de